

Niederschrift
der 07. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe

Sitzungsdatum: Dienstag, den 23.05.2017
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 17:45 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Christian Meier

stellv. Vorsitzende/r

Herr Olaf Hölbing

Herr Marc Quintana Schmidt

Mitglieder

Herr Richard Kinder

Herr Rüdiger Kuhn

Frau Susanne Lewing

Herr Thoralf Pieper

Herr Gerd Schlimper

Herr Peter van Slooten

Protokollführer

Frau Constanze Schütt

von der Verwaltung

Frau Steffi Behrendt

Herr Andre Kobsch

Frau Gisela Steinfurt

Frau Diana Westphal

Tagesordnung:

- 1 Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe vom 25.04.2017
- 3 Beratung zu Beschlussvorlagen
- 4 Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1 Finanzanalyse zur Haushaltsdurchführung per 31.03.2017
Vorlage: ZU 0018/2017
- 4.2 Prüfergebnis zum Bürgerschaftsbeschluss Nr. 2014-VI-06-0130 "Antrag zur Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2025"
Vorlage: ZU 0009/2017

Bürgerschaftsbeschluss Nr.: 2014-VI-06-0130 zur Bewerbung als Kulturhaupt-

stadt Europas 2025
Vorlage: ZU 0001/2015

Bewerbung Stralsunds als Kulturhauptstadt Europa 2025
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0273/2014

- 5 Verschiedenes
- 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Vergabe sind 9 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet. Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe vom 25.04.2017

Die Niederschrift der 06. Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Vergabe vom 25.04.2017 wird bestätigt.

Abstimmung: 9 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

Es liegen keine Vorlagen zur Beratung im öffentlichen Teil der Sitzung vor.

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Finanzanalyse zur Haushaltsdurchführung per 31.03.2017 Vorlage: ZU 0018/2017

Frau Steinfurt informiert, dass die Finanzanalyse für das erste Quartal vorliegt. Sie weist darauf hin, dass weiterhin die vorläufige Haushaltsführung gilt.

Die derzeitige Auswertung im Ergebnishaushalt stellt sich positiv dar, da der größte Teil der Sollstellungen für das gesamte Haushaltsjahr bereits getätigt wurden. Auch die Aufwandseite ist zum Teil schon für das ganze Jahr erfasst worden.

Frau Steinfurt geht auf die Zahlen der Gewerbesteuer, Umsatzsteuer und der Einkommenssteuer ein und teilt die aktuellen Zahlen zum Stand 21.05.2017 mit.

Die Ausgleichszahlungen für Familienleistungen sind für das erste halbe Kalenderjahr erfasst worden und hier dargestellt.

Die Sonderbedarfszuweisung für den ÖPNV steht noch aus.

Weiter sind die öffentlich rechtlichen Leistungsentgelte der Musikschule weiter offen.

Zur geplanten Kurabgabe teilt Frau Steinfurt mit, dass demnächst der Satzungsentwurf vorliegen wird. Sie rechnet jedoch erst mit einer Haushaltswirksamkeit ab dem Jahr 2018.

Zur Kostenerstattung durch den Landkreis in Ausführung des öffentlich-rechtlichen Vertrages informiert sie, dass der Landkreis nach den Haushaltszahlen von 2016 zahlt. Dadurch bleibt in der Anordnung einiges offen.

Auf der Aufwandseite sind die Versorgungsaufwendungen der Beamten schon über dem Ansatz in Anspruch genommen worden.

Dies erfolgt wie in jedem Jahr, nach den Berechnungen des kommunalen Versorgungsverbandes.

Mit der Erstellung der Jahresabschlüsse erfolgt eine Gegenbuchung durch die Auflösung der Pensionsrückstellungen.

Aus der Finanzrechnung gehen die tatsächliche Ein- und Auszahlungen hervor. Daher ergibt sich hier eine andere Darstellung.

Im investiven Bereich gilt ebenso die vorläufige Haushaltsführung. Durch die Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2016 ergibt sich trotzdem eine Arbeitsfähigkeit.

Für Fortsetzungsmaßnahmen wurden 6,5 Mio. € vom Haushaltsjahr 2016 in 2017 übertragen. Einige Maßnahmen wurden bisher nicht begonnen. Teilweise stehen noch Fördermittelbescheide aus.

Frau Steinfurt teilt weiter mit, dass Kassenkredite in Höhe von 17 Mio. € aufgenommen wurden. Bei der Inanspruchnahme werden Zinseinnahmen erzielt, die derzeit bei 2.100 € liegen. Bisher wurde in diesem Haushaltsjahr keine Umschuldungen vorgenommen.

Frau Steinfurt führt aus, dass eine Kreditgenehmigung beim Innenministerium gestellt wurde.

Mit der Genehmigung des Haushaltes 2017 wird es noch einige Zeit dauern.

Herr Pieper merkt an, dass ihm die Bewertung der Zahlen schwer fällt.

Frau Steinfurt macht deutlich, dass es sinnvoller erscheint, die Auswertung zukünftig nur noch zum 30.6. und 31.12. vorzulegen.

Eine Auswertung zwischendurch ist nicht zielführend.

Herr Pieper erfragt, ob eine Verhältnisaufstellung zum Vorjahr sinnvoll ist. Dazu weist Frau Steinfurt darauf hin, dass dies nur mit gleichbleibenden Ausgaben und Einnahmen funktioniert.

Auf die Nachfrage von Herr van Slooten zur Kurabgabe führt Frau Steinfurt aus, dass es 2 Workshops mit einem beauftragten Büro in Berlin gab. Dieses Büro ist jedoch auf die Zuarbeiten des Amtes 20 angewiesen.

Es wurden verschiedene Bewertungen zur Relevanz vorgenommen. Weiter wurde ein Kalkulationsschema erarbeitet.

Sobald die Satzungsentwürfe vorliegen, werden Beratungen in Ausschüssen stattfinden.

Frau Steinfurt verdeutlicht, dass derzeit lediglich die Kurabgabe und nicht eine Tourismusabgabe kalkuliert wird.

Herr van Slooten erhofft sich eine konstruktive Beratung aller Fraktionen, um das Thema schnellstmöglich voran zu bringen.

Zu den kurzfristigen Krediten fragt Herr van Slooten nach, ob diese ausgeweitet werden sollen. Dazu führt Frau Steinfurt aus, dass die Kämmerei mit einer Veränderung der Zinslage plant.

Der Ausschuss nimmt die Finanzanalyse zur Haushaltsdurchführung per 31.03.2017 zur Kenntnis.

zu 4.2 Prüfergebnis zum Bürgerschaftsbeschluss Nr. 2014-VI-06-0130 "Antrag zur Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2025"
Vorlage: ZU 0009/2017

Bürgerschaftsbeschluss Nr.: 2014-VI-06-0130 zur Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas 2025
Vorlage: ZU 0001/2015

Bewerbung Stralsunds als Kulturhauptstadt Europa 2025
Einreicher: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: AN 0273/2014

Herr Meier teilt mit, dass sich der Ausschuss für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport bereits negativ zum Projekt geäußert hat. Nunmehr muss sich der Ausschuss für Finanzen und Vergabe positionieren.

Herr Kinder spricht seinen Dank an die involvierten Mitarbeiter und Gesellschaften aus.

Herr van Slooten erfragt, ob es Wahrnehmungen gab, die man für nächste Projekte als positive Erfahrungen mitnimmt.

Dazu führt Frau Behrendt aus, dass sich immer positive Aspekte ergeben. Allerdings wurde bei diesem Projekt festgestellt, dass die Mitarbeiteranzahl nicht ausgereicht hat, um das Thema in der vollumfänglichen Breite bearbeiten zu können.

Der Ausstieg des polnischen Partners hat sich dann auch negativ auf das Projekt ausgewirkt.

Herr Meier schlägt vor, dass sich der Ausschuss dem Votum des Ausschusses für Bildung, Hochschule, Kultur und Sport anschließt und somit den Antrag ablehnt.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 1 Stimmenthaltung

Der Präsident wird entsprechend informiert.

zu 5 Verschiedenes

Herr Kinder erfragt, ob es neue Informationen zum Sachstand HanseDom gibt.

Dazu weist Herr Meier darauf hin, dass dazu eine Sondersitzung am 08.06.2017 geplant ist, über die alle Fraktionen informiert wurden.

Es erfolgt der Ausschluss der Öffentlichkeit.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Der Ausschussvorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Beratungsergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

gez. Christian Meier
Vorsitzender

gez. Constanze Schütt
Protokollführung